

# SVP *ja*

**SVP**  
**UDC**

Die Zeitung des Mittelstandes

## Konkordanz gewinnt!

Mit dem historischen Ausgang der Bundesratswahlen vom 10. Dezember 2003 hat die moderne Schweiz Politgeschichte geschrieben. Endlich sind die Parteien wieder entsprechend ihrer Wählerstärke in der Landesregierung vertreten. Damit ist es gelungen, die Konkordanz zu wahren. **Seiten 2, 3 und 5**



### Wende in der Asylpolitik?

Seite 4

Kritische Standortbestimmung von Nationalrat Otto Laubacher zur Asyl- und Ausländerpolitik.

### Erste Hürde übersprungen!

Seite 7

Eintreten auf die Parl. Initiative zur Verankerung des Bankkundengeheimnisses in der Verfassung.

### Wir wollen keinen Bemutterungsstaat...

Seite 9

In einem Interview sagt ein Gewerbedirektor, warum er die neue Mutterschaftsversicherung ablehnt.

# „Regierungsverantwortung!“

**Selten war eine Bundesratswahl so spannend! Für alle Leserinnen und Leser, die keine Gelegenheit hatten die Bundesratswahl direkt am Fernsehen mitzuverfolgen, präsentieren wir im folgenden Bericht die wichtigsten Wortmeldungen unseres Fraktionspräsidenten Nationalrat Caspar Baader:**

„Während 40 Jahren, von 1959 bis 1999, haben die vier grossen Parteien die Landesregierung gebildet. Der Bundesrat setzte sich gemäss der Wählerstärke dieser vier Parteien zusammen. So hatten die FDP, die CVP und die SP je zwei Bundesräte und die SVP - als kleinster Regierungspartner - einen Bundesrat. Diese Vertretung gemäss Wählerstärken heisst Konkordanz.“

Schon bei den Nationalratswahlen von 1999 wurde die SVP zur stärksten Partei. Gleichzeitig stieg die CVP zur schwächsten Bundesratspartei ab. Trotz dieser Veränderungen blieb die Zusammensetzung des Bundesrates unverändert. Die Konkordanz wurde somit zum ersten Mal gebrochen.

Am 19. Oktober dieses Jahres haben fast 27 Prozent der Bevölkerung der SVP ihr Vertrauen ausgesprochen und damit das Wahlergebnis von 1999 bestätigt. Die SVP ist nun weitaus die wählerstärkste Partei. Auch in der Westschweiz ist sie gut verankert, und in vielen Kantonen der Schweiz ist die SVP die stärkste Partei. Dies muss sich auf die Regierungsbildung auswirken. Die SVP ist bereit, volle Regierungsverantwortung zu übernehmen und aus dem Zustand der Halbopposition herauszutreten. Die SVP ist überzeugt, dass die anstehenden grossen Probleme in unserem Land nur mit Einbezug aller relevanten politischen Kräfte zu

lösen sind. Die Sanierung der Bundesfinanzen, die Sicherung unserer Sozialwerke, wichtige Fragen der inneren Sicherheit wie auch wegweisende Entscheide der schweizerischen Aussenpolitik können nur im Rahmen der Konkordanz langfristig gelöst werden.“

## Die SVP steht zur Konkordanz

„Es geht um die Zukunft des Landes, es geht um die Glaubwürdigkeit der Politik. Darum steht die SVP zur Konkordanz. Konkordanz bedeutet in der Schweiz nicht inhaltliche Übereinstimmung in Bezug auf die Politik, sondern Berücksichtigung des Wählerwillens bei der Zusammensetzung der Regierung. Die grossen Parteien sollen ihrer Wählerstärke entsprechend in der Regierung vertreten sein, d. h., SVP, SP, FDP haben zwei Sitze und die kleinste, die CVP, einen Sitz. Dies entspricht der Wählerstärke, aber dies ist heute nicht gewährleistet.“

Das Resultat der Parlamentswahlen ist also bei der Regierungszusammensetzung zu berücksichtigen. Darum ist in der Verfassung auch festgehalten, dass die Gesamterneuerungswahlen des Bundesrates immer nach den Parlamentswahlen stattfinden sollen. Die Konkordanzregierung bildet damit die Stärke der einzelnen Parteien wie auch deren unterschiedliche Positionen ab. Weil die schwei-

zerische Konkordanz gegenwärtige politische Positionen in der Landesregierung vereint, ist das Kollegialitätsprinzip von zentraler Bedeutung; die SVP ist sich dessen bewusst.

Was heisst jetzt Konkordanz für die ersten beiden Wiederwahlen? Die Einhaltung der Konkordanz heisst für uns, dass die SVP in der ersten Wahl die Wiederwahl von Herrn Bundesrat Moritz Leuenberger und in der zweiten Wahl die Wiederwahl von Herrn Bundesrat Pascal Couchepin unterstützen wird. Denn sowohl die SP als auch die FDP haben gemäss der Konkordanz, gleich wie die SVP, zwei Sitze zugute. Herr Bundesrat Moritz Leuenberger ist von der SP vorgeschlagen, Herr Bundesrat Pascal Couchepin durch die FDP, und die SVP wird sie beide wählen.“

## Vor dem 3. Wahlgang

„Wie ich vorhin ausgeführt habe, steht die SVP zur Konkordanz. Das heisst, die drei grossen Parteien sollen zwei Bundesräte und die kleinste Regierungspartei soll einen Bundesrat stellen. Deshalb bedauert die SVP ausserordentlich, dass sich die CVP als kleinste Partei, die mit zwei Sitzen übervertreten ist, nicht entscheiden konnte, eine Kandidatin bzw. einen Kandidaten zurückzuziehen. Die CVP überlässt damit diesen Entscheid dem Parlament.“

Die SVP ihrerseits hat Anspruch auf zwei Sitze im Bundesrat. Damit treten wir in der dritten Wahl gegen einen Sitz der CVP an, welche heute im Bundesrat übervertreten ist. Bei der dritten Wahl geht es um die gerechte Sitzverteilung gemäss Wähler-

stärke. Unsere Fraktion hat für diese dritte Wahl einstimmig Nationalrat Christoph Blocher nominiert. Diese Nomination richtet sich nicht gegen eine bestimmte Person, sondern es geht um die gerechte Sitzverteilung. In der vierten Wahl hat dann das Parlament die Möglichkeit zu entscheiden, wer die CVP im Bundesrat inskünftig vertreten soll.

Mit Nationalrat Christoph Blocher präsentiert die SVP einen ausgewiesenen Kandidaten, welcher über eine langjährige parlamentarische Erfahrung verfügt. Er hat die Politik der SVP in wesentlichem Ausmass mitgeprägt. Als internationaler Unternehmer bringt er die notwendige Führungserfahrung und ein wertvolles wirtschaftliches Wissen für das Amt als Bundesrat ein. Wir bitten Sie deshalb, in der dritten Wahl Herrn Nationalrat Christoph Blocher zu unterstützen.“

## Nach der Wahl

„Mit der Wahl von Nationalrat Christoph Blocher zum Bundesrat hat sich das Parlament im Interesse unseres Landes für die Konkordanz entschieden. Dafür danke ich Ihnen. Ich gratuliere unserem Fraktionskollegen Nationalrat Christoph Blocher ganz herzlich zu seiner Wahl und wünsche ihm für seine grosse Aufgabe alles Gute und die nötige Kraft. Sie haben sich für die Konkordanz entschieden. Wir empfehlen Ihnen deshalb, in den folgenden Wahlgängen die Kandidaten gemäss unserem schriftlichen Vorschlag zu unterstützen. Das heisst, jetzt stehen Frau Bundesrätin Ruth Metzler oder Herr Bundesrat Joseph Deiss zur Wahl. Es geht also um den Entscheid, wer die CVP im Bundesrat vertreten soll.“ ◀



# So wahr uns Gott helfe!

**Kurz nach seiner historischen Wahl richtete sich der neugewählte SVP-Bundesrat Christoph Blocher mit folgenden Worten an die Vereinigte Bundesversammlung:**

„Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, chers amis de la Suisse romande, cari amici della Svizzera italiana: Die Vereinigte Bundesversammlung hat mich soeben zum Mitglied der Landesregierung gewählt. Ich danke für das Vertrauen, das Sie in meine Person, aber auch in die Zusammensetzung der Regierung gemäss der Wählerstärke gesetzt haben.

Ich gebe mich keinen Illusionen hin: Die Wahl meiner Person entstammt verschiedenen Motiven. Aber ich werde versuchen, in dieser

Regierung alles, was in meiner Kraft steht, zu bewirken, damit wir die grossen anstehenden Probleme des Landes - die ich als grösser bezeichne, als es allgemein getan wird - lösen können. Ich glaube, dass mit dem System der Konkordanz, wo vier Parteien miteinander regieren und jede Partei eine andere politische Auffassung hat, entsprechend tragfähige Kompromisse gefunden werden können, sofern die Probleme und Lösungen offen und transparent eingebracht werden. Ich kann Ihnen versprechen, dass ich alles tun

werde, damit Ihr Vertrauen gerechtfertigt ist.

Ich weiss, dass wir mit den öffentlichen Finanzen überall schwierige Situationen haben. Es ist üblich, nach Bundesratswahlen zu Ehren der neu gewählten Bundesräte Feiern abzuhalten und eine Grosszahl von Würdenträgern aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Armee einzuladen. Das ist auch für mich vorgesehen. Ich bin der Meinung, dass wir in diesen Zeiten solches nicht machen sollten. Um den Ernst der Lage zu unterstreichen, bitte ich meinen Kanton, auf diese öffentliche Wahlfeier zu verzichten. Nicht darin eingeschlossen ist selbstverständlich die Wahlfeier, die meine Gemeinde für das Publikum und die Bevöl-



kerung in bescheidenem Rahmen macht. Sie sind auch alle dazu eingeladen.

In diesem Sinne nehme ich die Wahl an. Ich mache, was ich kann, und ich hoffe, dass uns Gott helfe, dass es gut herauskommt.“



## Dem Wählerauftrag doppelt verpflichtet

**Mit der Wahl von Christoph Blocher und Samuel Schmid in den Bundesrat hat sich die Bundesversammlung klar für die Konkordanz und damit für eine stabile und starke Schweiz ausgesprochen. Mit dem ständigen Anstieg der Steuern, Abgaben und Gebühren, einer konfusen Aussenpolitik und immer mehr Kriminalität ist aber weder für Stabilität noch Stärke des Standortes Schweiz gesorgt. Jetzt ist die SVP gefordert: Wir müssen unseren Wählerauftrag umsetzen – auch im Bundesrat!**

„Runter mit den Steuern“, lautet die klare Devise der SVP, welche wieder Wachstum und wirtschaftlichen Erfolg ermöglichen soll. Im nächsten Jahr gibt es viel zu tun. Mit dem Referendum gegen die Mutterschaftsversicherung müssen wir den überzogenen Sozialausbau und neue Steuern und Zwangsabgaben verhindern. Aus demselben Grund wird die SVP die Mehrwertsteuer-Erhöhung von 1,8% für AHV und IV bekämpfen. Die Mehrbelastung von über 4 Mia. Franken ist für den Wirtschaftsplatz Schweiz schlicht nicht tragbar und schadet unserer internationalen Attraktivität und Konkurrenzfähigkeit enorm.

Eine Senkung der Steuern wollen wir mit der Unterstützung des Steuerpaketes in der Volksabstimmung vom 16. Mai erreichen. Die SVP arbeitet bereits an Vorschlägen für ein zweites Steuerpaket, welches namentlich die Unternehmungen entlasten soll.

Auch der über 120 Milliarden Franken hohe Schuldenberg muss dringend reduziert werden. Wir dürfen nicht mehr Geld ausgeben als wir einnehmen – so einfach ist das. Voranschläge, welche Defizite vorsehen, sind aus Prinzip abzulehnen bzw. zur Überarbeitung zurückzuweisen. Nur so können wir unser Ziel – einen ausgeglichenen Finanzhaushalt – erreichen.

Für diese Ziele muss sich die SVP in der neuen Legislatur mit aller Kraft einsetzen. Können wir einen Parlaments- oder Regierungsbeschluss nicht mittragen, dann müssen wir alle zur Verfügung stehenden demokratischen Mittel nutzen, um den Entscheid zu bekämpfen. Jetzt erst recht – es geht um unsere Glaubwürdigkeit.

**Gregor A. Rutz, Generalsekretär**

# Gelingt nun die Wende in der Asyl- und Ausländerpolitik?

**In der neuen Legislatur stehen wichtige Entscheide in der Asyl- und Ausländerpolitik an. Bürgerliche Entscheide sind dringender denn je und mit der neuen Zusammensetzung von Parlament und Bundesrat nun endlich in Griffnähe.**

In der neuen Legislatur wird das Parlament die lange verschleppten neuen gesetzlichen Grundlagen für die Asyl- und die Ausländerpolitik verabschieden. Im Weiteren wird das Volk an der Urne über die erleichterte Einbürgerung zu entscheiden haben und die SVP startet ihre Volksinitiative zur Verankerung der Gemeindeautonomie in Bürgerrechtsfragen. Schliesslich wird auch noch die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen Mitgliedstaaten der EU auf der Traktandenliste stehen. Mit dem Wahlsieg vom 19. Oktober und dem Erlangen des zweiten SVP-Bundesratssitzes ist eine gute Ausgangslage gegeben, um endlich die notwendige Wende in der Asyl- und Migrationspolitik der Schweiz zu schaffen. Das Programm der SVP liegt auf dem Tisch. Nun gilt es, dieses umzusetzen.

## Schluss mit dem Asylmissbrauch

Auch nach der Befriedung des Balkans verzeichnet die Schweiz nach wie vor durchschnittlich 20'000 neue Asylgesuche pro Jahr, wobei die Gesuche aus Serbien und Montenegro immer noch den Spitzenplatz belegen. Der gegenwärtige Rückgang der Asylgesuche in diesen Wochen ist nicht einer konsequenteren Asylpolitik zu verdanken, sondern lediglich dem Winter und damit der Witterung, welche die Schlep-

per an ihren Geschäften hindert. So kann es nicht weitergehen. Es braucht eine grundsätzliche Neuausrichtung der Asylpolitik. Leider ist zu befürchten, dass dies mit der im Parlament befindlichen Asylgesetzrevision nicht zu erreichen ist. Es braucht einen grundsätzlich neuen Wurf, wie ihn die SVP mit ihrer neuen Asylinitiative präsentieren wird. Konkret heisst dies: der Bundesrat hat für die Asylsuchenden vom Moment der Gesuchstellung bis zu dessen Erledigung und Vollzug die Verantwortung wahrzunehmen. Er hat einen Grenzschutz zu gewährleisten, der diesen Namen verdient, dafür zu sorgen, dass die Verfahren kurz sind und dass der Vollzug auch wirklich erfolgt.

## Kein Einwanderungsland

Der Ausländeranteil beträgt heute bereits 20%, wobei diese Zahl nur die so genannte ständige Wohnbevölkerung umfasst. Dazu kommen noch die Kurzaufenthalter und die Personen aus dem Asylbereich. Gleichzeitig werden von Jahr zu Jahr mehr Personen eingebürgert. Die Schweiz ist ungewollt zu einem Einwanderungsland geworden. Und dies obwohl der Bundesrat jahrelang beteuert hatte, er wolle den Ausländeranteil stabilisieren. Mit der neuen Zusammensetzung des Bundesrates wird sich dies hoffentlich ändern. Insbesondere bei der Personenfreizügigkeit

mit den neuen EU-Mitgliedern ist der neue Bundesrat gefordert.

Gleichzeitig sind National- und Ständerat aufgefordert, für gesetzliche Grundlagen zu sorgen, welche eine bessere Kontrolle der Migration ermöglichen, ohne die Bedürfnisse der Wirtschaft einzuschränken. Das heisst vor allem flexible Kurzzeitbewilligungen anstatt Daueraufenthaltsgenehmigungen.

## Keine Verscherbelung des Bürgerrechts

Mit der Abstimmung über die erleichterte Einbürgerung werden nächstes Jahr entscheidende Weichen für die künftige Einbürgerungspolitik der Schweiz gestellt. Die Abstimmungsvorlagen unter dem Titel „Erleichterte Einbürgerung der zweiten und dritten Generation“ sind eine reine Mogelpackung und daher abzulehnen. Mit dem ersten Bundesbeschluss sollen Personen, die mindestens 5 Schuljahre in der Schweiz absolviert haben, erleichtert eingebürgert und die Wohnsitzfrist generell herabgesetzt werden. Mit dem zweiten Bundesbeschluss sollen Kinder, von denen wenigstens ein Elternteil mindestens 5 Schuljahre in der Schweiz absolviert haben, bereits automatisch bei Geburt eingebürgert werden. Die Begriffe der 2. und 3. Generation wurden also einfach umgedeutet und die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sollen so an der Nase herum geführt werden. Ein deutliches Nein muss die Antwort auf eine solche Taktik sein.

Im Zentrum steht für die SVP neben diesem Abstimmungs-



► Nationalrat Otto Laubacher, Präsident der Arbeitsgruppe Migration, Kriens (LU)

kampf vor allem die Volksinitiative zur Sicherung der Gemeindeautonomie in Einbürgerungsfragen. Der Ständerat hat zwar inzwischen in diese Richtung vorgespurt, lässt aber der Einmischung Hintertürchen offen. Es braucht eine klare und eindeutige Verankerung der Gemeindeautonomie in Bezug auf das Verfahren und den Entscheid, wie es in der Initiative formuliert ist.

## Wählerwillen umsetzen

Die Arbeitsgruppe Migration wird auf allen Ebenen versuchen, dem Wählerwillen in der Asyl- und Ausländerpolitik zum Durchbruch zu verhelfen. Dazu braucht es alle Kräfte: Vom Bundesrat über das Parlament bis hin zu allen Parteimitgliedern und Sympathisanten. Nur wenn von der Departementsführung über die Legislative bis hin zum Souverän alle am gleichen Strick ziehen, wird die Wende gelingen. ◀



## Wählerauftrag jetzt im Bundesrat umsetzen

Nach ihrem Erfolg bei den Parlamentswahlen vom 19. Oktober hat die SVP auch bei den Bundesratswahlen gesiegt. Mit Samuel Schmid und Christoph Blocher haben wir zwei starke Vertreter, die das SVP-Programm im Bundesrat einbringen. Doch werden sie keine Wunder bewirken können, weil die Mitteparteien zu unberechenbar sind. Die SVP wird deshalb auch weiterhin ihre Haltungen klar vertreten, auch wenn sie dabei im Widerspruch zum Bundesrat steht.

Am 10. Dezember hat die SVP einen historischen Sieg errungen. Mit Christoph Blocher und Samuel Schmid hat die SVP erstmals in ihrer bald 90-jährigen Geschichte zwei Bundesräte. Unsere Partei kann in Zukunft ihre Positionen und Forderungen im Bundesrat mit doppelter Stimme vertreten. Dies wird nicht ohne Auswirkungen auf die Entscheide des Bundesrates bleiben. Trotzdem muss man sich bewusst sein, dass die SVP nur zwei von sieben Stimmen hat. Es ist zu hoffen, dass die Mitteparteien nach ihren Wahlniederlagen wieder zuverlässiger werden und mit-helfen, zusammen mit der SVP eine echt bürgerliche Politik zu betreiben.

### Die Positionen sind bekannt

In der Schweiz wurden in den letzten 10 Jahren alle Probleme mit Geld gelöst. Die Staatsausgaben haben wie auch die Verschuldung explosionsartig zugenommen. Als Antwort darauf wurden die Steuern und Abgaben bei uns mehr erhöht als in den anderen europäischen Ländern. Die SVP setzt sich im Gegensatz dazu ein für tiefere Steuern und Abgaben, damit unsere Wirtschaft konkurrenzfähig bleibt. Die Folgen davon sind Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und Wohlstand für alle.

Am stärksten belastet werden unsere Haushalte durch die

Erhöhungen der Krankenkassenprämien. Mit der SVP-Prämiensenkungsinitiative verhindern wir Kartelle und unnötige Behandlungen. Die SVP wird sich auch in Zukunft für tiefere Krankenkassenprämien einsetzen.

Trotz Schuldenbremse wachsen die Ausgaben des Bundes stark an. Der Bund übernimmt immer neue und teure Aufgaben. Die SVP lehnt dies ab. Sie setzt sich für einen schlanken Staat ein, der so wenig wie möglich in die Privatsphäre der Bürger eingreift.

Grosse Bedeutung werden für die SVP auch weiterhin die Unabhängigkeit und die Neutralität der Schweiz haben. Obwohl die Bevölkerung den EU-Beitritt an der Urne klar abgelehnt hat, beharrte der Bundesrat bisher auf seinem Beitrittsziel. Mit den zwei neuen Bundesräten verschieben sich die Positionen innerhalb des Bundesrates. Trotzdem ist es unabdingbar, dass die SVP den Druck aufrecht-erhält. Es geht auch darum, den EU-Beitritt über die Hintertüre von bilateralen Verhandlungen zu verhindern.

Beim Missbrauch des Asylrechts werden wir nicht nachlassen. Nach wie vor geben wir rund 2 Milliarden Franken pro Jahr für eine gigantische Maschinerie aus, die 95 % der Antragsteller zurückweisen muss. Schon bald beginnt die SVP die Unterschriften-sammlung für ihre dritte Asyl-initiative.

### Kritische Distanz

Für alle diese Forderungen wird sich die SVP auch in Zukunft einsetzen. Zu unseren Bundesräten müssen wir eine kritische Distanz einhalten. Es darf nicht sein, dass wir nur ihnen zuliebe Kompromisse machen. Das Prinzip der Gewaltentrennung und der gegenseitigen Kontrolle der Gewalten darf nicht durch Parteibindungen aufgehoben werden. Im Artikel 169 der Bundesverfassung heisst es: „Die Bundesversammlung übt die Oberaufsicht aus über den Bundesrat...“ Das Parlament ist der Chef des Bundesrates und muss ihn deshalb manchmal auch kritisieren.

### Schweiz voranbringen

Die SVP, ihre zwei Bundesräte und ihre erneut gewachsene Fraktion stehen vor gewal-



► Nationalrat Ueli Maurer, Präsident SVP Schweiz, Wernetshausen (ZH)

tigen Herausforderungen. Wir müssen uns ganz grundsätzlich und konsequent dafür einsetzen, dass sich der Staat auf seine Kernaufgaben beschränkt, damit wir Schweizer und unsere Wirtschaft wieder mehr Raum für Eigeninitiative erhalten. Die seit Jahren anhaltende Entwicklung, diejenigen mit immer neuen Steuern und Abgaben zu bestrafen, die arbeiten und ihre Selbstverantwortung wahrnehmen, muss endlich gebrochen werden. Es muss sich wieder lohnen zu arbeiten und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die SVP setzt sich für jene Menschen ein, die unser Land voranbringen wollen. ◀





# Schuldenwirtschaft

„Vater und Grossvater sind auch nie einem Menschen etwas schuldig geblieben, und was sie kauften, zahlten sie bar, und zwar mit eigenem Gelde.“ Jeremias Gotthelfs Worte aus *Geld und Geist* illustrieren schweizerische Wirtschaftsgesinnung aus einer Zeit, in der das Land arm und sparsam war, als Schweizerinnen und Schweizer die Grundlagen für anderthalb Jahrhunderte wirtschaftlichen Fortschritts legten.

Wenn wir uns fragen, weshalb es *heute* so schwer falle, uns selbst von der zeitlosen Richtigkeit der alten Wirtschaftsgesinnung zu überzeugen, stellen sich viele Antworten ein, mehr als in einer knappen Kolumne auch nur angedeutet werden können. Unzweifelhaft aber sind die Folgen der inflationären Mentalität der Sechziger und Siebziger Jahre, der Zeit der Auflösung traditioneller Werte in so manchem Bereich des Lebens, an den heutigen Mentalitätsproblemen nicht unschuldig. Die öffentliche Hand gewöhnte sich in Folge des Wirtschaftswachstums seit den späten Vierziger Jahren daran, jedes Jahr mehr Geld zur Verfügung zu haben als im Vorjahr. Darüber hinaus besitzt der Bund direkt und indirekt seit der Frankenabwertung von 1936 die Fähigkeit, die Geldmenge stärker wachsen zu lassen als das Total produzierter Güter und Dienstleistungen. Diese Fähigkeit, Inflation zu erzeugen, gibt dem Bund das Mittel in die Hand, sich seiner Schulden in dem Ausmass zu entledigen, in dem der Wert des Frankens ausgehöhlt wird. In einer solchen Aushöhlung der Währung liegt etwas kurzfristig die Sparenden Demoralisierendes und langfristig die an stabilen Preisen als Kalkulationsgrundlage interessierte Volkswirtschaft Gefährdendes.

Gegen die angedeutete Gefahr bestehen zum Glück recht weit gehende Sicherungen, von der *relativen* Unabhängigkeit der Nationalbank bis hin zur aufmerksamen öffentlichen Meinung. Später als andere Länder in Europa vom Fieber der Inflation befallen, hat das Phänomen in der Schweiz einen milderen Verlauf genommen (nach 1945 fast immer unter 5 %), ist in den frühen Siebziger Jahren der Kontrolle entglitten (Inflationsrate im Bereich von 10 %), aber dank entschlossener Massnahmen von Bundesrat und Nationalbank vom Höhenflug zurück gebracht und nun seit einem Jahrzehnt auf einem tiefen Stand gehalten worden. Diese tiefe Inflationsrate erlaubt Zinsen, die so tief sind, dass wir in die Illusion verfallen können, Schulden der öffentlichen Hände im Bereich über 200'000'000'000 Franken seien erträglich, ja könnten noch weiter erhöht werden. Diese Illusion ist von einer hohen Gefährlichkeit. Wenn es, was angesichts der Ausweitung der Geldmenge früher geschehen kann, als uns allen lieb ist, zu einer Erhöhung der Zinsen um durchschnittlich 1 % kommt, bezahlen wir und bezahlen nach uns unsere Kinder, grob gerechnet pro Jahr 2 Milliarden Franken an Schuldzinsen *mehr*, bei 3,5 % Steigerung der Zinssätze 7 Milliarden Franken mehr, also pro Person 1000 Franken im Jahr *über alles Bisherige hinaus*. Die Schulden sind, das ergibt sich aus dieser grundsätzlichen Überlegung klar, bereits heute deutlich zu hoch, als dass wir auf sehr lange Sicht mit ihnen leben könnten. Wir kommen nicht umhin, in der nächsten Legislatur den Gang aus der bestehenden Schuldenwirtschaft hinaus zu gehen. Das bedeutet nun zuerst, dass wir keine zusätzlichen Schulden mehr auf die alten häufen dürfen, nicht *fast keine* oder *nur sehr wenige*, sondern *keine*. Das wird uns allen Opfer abverlangen. Wir müssen diese Opfer bringen, wir schulden sie den kommenden Geschlechtern.

**Bundesrat Samuel Schmid**

## Herzlichen Dank!



Das Jahr 2003 neigt sich dem Ende zu. Es hat für die SVP grosse Umwälzungen mit sich gebracht. Bei den eidgenössischen Wahlen vom 19. Oktober konnte unsere Partei noch einmal spektakulär zulegen und wurde mit Abstand stärkste politische Kraft unseres Landes. Wir sind nun nicht mehr nur wählerstärkste Partei, sondern stellen auch die grösste Fraktion in National- und Ständerat. Die Bundesratswahlen vom 10. Dezember werden für die Schweiz, aber insbesondere auch für die SVP, in die Geschichte eingehen. Der Erfolg bei den Parlamentswahlen konnte in einen zweiten Bundesratssitz umgemünzt werden. Mit Christoph Blocher zieht ein profiliertes, geradliniges und sehr erfahrener Politiker in die Landesregierung ein.

Dass diese historischen Umwälzungen möglich wurden und sich die SVP jetzt sowohl im Bundesrat als auch im Parlament mit mehr Nachdruck einbringen kann, haben wir zu einem grossen Teil unseren Tausenden von aktiven Mitgliedern zu verdanken. Die anderen Parteien beneiden uns um unsere Basis, die beinahe unermüdlich Veranstaltungen organisiert, Unterschriften sammelt, Plakate aufhängt und nicht zuletzt auch finanziell die Partei unterstützt. Ohne das Mittragen von Tausenden von Lesern wäre auch die Weiterführung des SVPja als Monatszeitung nicht möglich. Wir danken allen Leserinnen und Lesern ganz herzlich, die uns mit dem freiwilligen Abonnementsbeitrag oder mit grösseren Spenden unterstützt haben.

Wir wünschen unserer ganzen Leserschaft eine gemütliche und besinnliche Adventszeit, gesegnete Weihnachten und einen guten Start ins 2004.

**Die SVPja-Redaktion**



# Bankkundengeheimnis: Erste Hürde übersprungen!

**Mit 113:69 Stimmen hat der Nationalrat am 2. Dezember 2003 beschlossen, auf den Vorschlag der SVP-Fraktion in Form einer Parlamentarischen Initiative, die eine Verankerung des Bankkundengeheimnisses in der Verfassung zum Ziele hat, einzugehen. 6 Standesinitiativen der Kantone Basellandschaft, Genf, Tessin, Aargau, Zug und Zürich verfolgen das gleiche Ziel.**

In Artikel 13 der Bundesverfassung soll ein neuer Absatz 3 aufgenommen werden: „Das Bankkundengeheimnis ist gewährleistet.“ Eigentlich hätte der Rat schon in der Sommersession 2003 darüber befinden können, denn die Vorlage wurde in der zuständigen Kommission bereits am 18. November 2002, d.h. vor mehr als einem Jahr mit 14:8 Stimmen gutgeheissen. Die Diskussion darüber wurde jedoch absichtlich verzögert, um angeblich die Verhandlungen über die Bilateralen II mit der EU nicht zu gefährden. Dies war aber gerade einer der Zwecke dieses Vorstosses, nämlich unserem Bundesrat bei den internationalen Verhandlungen den Rücken zu stärken und zu manifestieren, dass die Schweiz nicht bereit ist, den Schutz der Privatsphäre zu opfern. Gleichzeitig sollte den in- und ausländischen Kunden des Finanzplatzes Schweiz signalisiert werden, dass bei uns der Schutz der Privatsphäre nach wie vor gewährleistet ist.

Der Schutz der Privatsphäre ist zwar in der Verfassung garantiert und das Bankkundengeheimnis ist im Zivilrecht (Persönlichkeitsschutz), im Bankengesetz und im Bundesgesetz über die Börsen und den Effektenhandel rechtlich verankert. Die bilateralen Verhandlungen II zeigen jedoch, dass selbst Versprechen



wie „das Bankkundengeheimnis ist nicht verhandelbar“, keine Garantie dafür sind, dass unser Bankkundengeheimnis nicht zur Disposition steht. In vier Dossiers (Dienstleistungsabkommen, Zahlstellensteuer, Betrugsbekämpfung, Schengen) wird direkt oder indirekt über das Bankkundengeheimnis verhandelt. Letztlich zielt die EU darauf ab, die Schweiz in ihr umfassendes System des gegenseitigen Informationsaustauschs in finanziellen Angelegenheiten einzubinden. Unser traditionelles Rechtsprinzip der doppelten Strafbarkeit wird mit den Verhandlungen relativiert und in Frage gestellt. Die Schweiz hat während den Verhandlungen immer wieder betont, dass sie der EU nur entgegenkomme, wenn auch alle anderen wichtigen Finanzplätze gleich behandelt würden und wenn die EU diese Informationspflicht

nicht über andere internationale Organisationen wie die OECD weiter verfolgen würde. Beide Voraussetzungen sind nicht erfüllt, und dennoch verhandelt die Schweiz weiter.

Das Bankkundengeheimnis schützt weder kriminelle noch terroristische Gelder, noch zweifelhafte Potentatengelder oder Steuerbetrüger. Steuerhinterziehung wird in der Schweiz mit der welthöchsten Verrechnungssteuer von 35% bekämpft. Würde die EU eine vergleichbare Steuer einführen, könnte sie ihr Steuersubstrat sichern. Aber damit würden die Finanzplätze London, Frankfurt etc. stark getroffen. Deshalb wollen diese Finanzplätze lieber Druck auf die Schweiz ausüben, denn man hat ja bereits Erfahrung mit Erpressungen der Schweiz.

Gemäss der SNB-Bankenstatistik lagen per Ende 2002 in den Depots der Schweizer Banken in der Schweiz Kundenvermögen von SFr. 2'946 Mrd. Davon entfielen SFr. 800 Mrd. auf ausländische Privatkunden. Selbst dieser Betrag bedeutet noch lange nicht, dass diese Gelder dem Fiskus entzogen wurden. Aussagen wie jene des HSG-Professors für Wirtschaftsethik, Prof. Dr. Peter Ulrich, der behauptet, dass für rund SFr. 4000 Milliarden Steuerfluchtgelder in schweizerischen Depots lagern, entbehren jeglicher Realität und decken eine bedenkliche fachliche Inkompetenz auf. Wer von Ethik und Moral spricht sollte zumindest auch folgende Tatsachen berücksichtigen: auch heute können nur etwas mehr als 50% aller Länder als demokratisch-rechtstaatlich bezeichnet werden. In vielen Staaten sind



► Nationalrat Hans Kaufmann, Wettswil (ZH)

hingegen politische und religiöse Verfolgungen, aber auch eine grosse Kriminalität, immer noch an der Tagesordnung, was Einwohner dieser Länder veranlasst, ihr Vermögen im Ausland in Sicherheit zu bringen. Verantwortungslose Regierungen versuchen auch heute noch mit der Notenpresse, mit Hyperinflationen, ihre Probleme zu lösen und Abwertungen von Währungen vernichten die internationale Kaufkraft von Privat- und Geschäftsvermögen. Es gibt aber auch Länder, die derart hohe Steuern und Abgaben einfordern, die einer Konfiskation gleichkommen. In vielen Ländern bereichern sich korrupte Regierungen, sie bereichern sich und finanzieren ihre militärische Ausrüstung. Wenn solche Potentatengelder in der Schweiz entdeckt werden, dann ist dies ein Beweis dafür, dass bei uns der Kampf gegen die Geldwäscherei erfolgreich ist, während die meisten Länder, über die diese Gelder in die Schweiz gelangten, untätig oder erfolglos sind.

Die Vorlage geht nun zurück in die Kommissionen und das Parlament wird in 1-2 Jahren in einer zweiten Phase auf konkretere Vorschläge, wie und ob das Bankgeheimnis in der Verfassung verankert werden soll, einzutreten haben. ◀

# Nicht am Souverän vorbei schmuggeln!

**Der Bund hat im Jahre 1945 bestimmt, eine Mutterschaftsversicherung einzurichten. Man vertrat damals die Ansicht, dass eine Versicherung zu schaffen sei, welche die Kosten, die bei einer Geburt anfallen, übernimmt.**

Die Verhältnisse während der Kriegszeit waren schwierig, weil damals ein tiefer Versicherungsgrad vorherrschte. Weniger als 50% der Bevölkerung waren einer Krankenversicherung angeschlossen. Mit der Einführung des Versicherungsobligatoriums KVG ist die Übernahme der Arzt- und Hospitalisationskosten durch die Krankenkassen gesichert. Das KVG enthält weitere Regelungen zugunsten der Schwangeren und der stillenden Mutter.

Das Schweizer Stimmvolk hat in den Jahren 1984, 1987 und 1999 die Einführung einer Mutterschaftsversicherung hoch abgelehnt. Es ist deshalb höchst undemokratisch, wenn nun einmal mehr versucht wird, das Bundesgesetz über die Mutterschaftsversicherung am Souverän vorbeizuschmuggeln.

Die SVP-Frauen Schweiz stellen sich ausdrücklich gegen die Parlamentarische Initiative „Revision Erwerbs-

ersatzgesetz – Ausweitung der Erwerbsersatzansprüche auf erwerbstätige Mütter“ von Nationalrat Triponet. Es ist für uns unverständlich, dass trotz dreimaliger Ablehnung einer Mutterschaftsversicherung weite Kreise sich wieder dafür stark machen, dass über die oben genannte gesetzliche Lückenschliessung eine staatliche Mutterschaftsversicherung und ein Anrecht auf einen 14 wöchigen bezahlten Mutterschaftsurlaub eingeführt werden soll.

Der Finanzierungsvorschlag über die Erwerbsersatzkasse entspricht zudem einer Entfremdung des ursprünglichen Zweckes der Erwerbsersatzentschädigung. Der EOFonds wurde geschaffen, um Personen zu entschädigen, die

auf Geheiss des Staates Dienst in der Armee, im Zivildienst oder im Zivilschutz zu leisten haben.

Die Kasse der Erwerbsersatzordnung verfügt derzeit über 3,5 Milliarden Franken. Mit der Einführung der Mutterschaftsversicherung sollen Taggelder für Militärdienstleistende von 65 auf 80 Prozent angehoben werden. Somit entstehen Kosten von 545 Millionen Franken. Die heutige Reserve wird rasch aufgebraucht sein. Bereits nach 5 Jahren müssen die Beiträge erhöht werden. Dadurch wird die Mutterschaftsversicherung eine Mehrbelastung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. ◀

Esther Weber, Präsidentin  
SVP Frauen Schweiz

## Auf vollen Touren

**Das Referendum gegen die staatliche Mutterschaftsversicherung läuft! Die Woche vom zehnten Dezember war ereignisreich. Nicht nur, dass dem Volkswillen endlich Rechnung getragen wurde in der Bundesratswahl, sondern es zeichnet sich ausserdem ab, dass der immense Einsatz für das Referendum gegen eine neue Mutterschaftsversicherung sich durchaus lohnt.**

Dies ist den zahlreichen emsigen Unterschriftensammlern zu verdanken, die sich in der bitterkalten Vorweihnachtszeit ins Getümmel werfen und mit den wertvollen Unterschriften der Bürgerinnen und Bürger diesen teuren Unsinn abzuwenden versuchen. Der positive Stand der Sammlung für das Referendum ist auch den Frauen und Männern in diesem Land zu verdanken, die sich gegen einen weiteren unverantwortlichen Ausbau unserer Sozialwerke stellen. Es ist erfreulich zu sehen, dass ein grosser Teil der Bevölkerung auf dieses Thema sehr sensibilisiert ist. Dies bewei-

sen unter anderem die seit Referendumsbeginn massiv eingehenden Bestellungen von Referendumsbogen, die besorgte Frauen und Männer – weit über SVP-Kreise hinausreichend! – tagtäglich alleine im Generalsekretariat der SVP Schweiz tätigen.

Die Leute haben bemerkt, dass der Sozialstaat nicht endlos ausgebaut werden kann – zumal die bestehenden Sozialwerke schon weit davon entfernt sind, gesichert zu sein. Der Zusammenhang zwischen übersozialer Ader und immer höheren Steuern und Abgaben ist endlich ins

Bewusstsein der Menschen gedrungen. Dies heisst im Falle der Mutterschaftsversicherung ganz konkret: Das Volk goutiert keine überflüssige, teure und ungerechte Versicherung, die zudem über die Hintertüre der Erwerbsersatzordnung, der Kasse für die Militärangehörigen, eingeführt werden soll. Und es akzeptiert schon gar nicht, dass eine Vorlage, die bereits dreimal klar von ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern, abgelehnt wurde, nun im vierten Anlauf erneut erzwungen werden soll. Dass zudem die Vollzeitmütter, die sich ausschliesslich der Erziehung ihrer Kin-

der widmen, für ihren Einsatz noch bestraft werden sollen, indem die Versicherung sie leer ausgehen lässt, ist weder mit Verstand noch mit dem Herzen zu begreifen.

So läuft der Einsatz für das Referendum denn dieser Tage auf Hochtouren. **Ergebnisse zeigen, dass sich das Frieren auf der Strasse und der Grossseinsatz durchaus lohnt – aber nur dort, wo er wirklich stattfindet.**

Der Blick auf den aktuellen Sammelstand stimmt zuversichtlich – **aber die kommenden Tage sind die Tage der Wahrheit. Noch ist jeder Einsatz, jede Unterschrift dringend vonnöten, damit dieses enorm wichtige Referendum zustande kommt.** ◀

Markus Zollinger,  
Generalsekretariat SVP





## Wir wollen keinen Bemutterungsstaat...

Zur Zeit läuft die Referendumsfrist gegen die neue Version der Mutterschaftsversicherung. Nachdem zunächst lediglich Exponenten der SVP das Referendum ergreifen wollten, haben sich nun auch FDP-Politiker dem Referendumskampf angeschlossen. Zum Co-Präsidium gehört auch Max Meyer, Direktor eines Gewerbeverbandes. Im folgenden Interview erläutert er, warum er bei dieser politischen Auseinandersetzung an vorderster Front mitmacht.



► Max Meyer, Direktor eines Gewerbeverband

**SVPja:** Das Volk hat verschiedentlich Nein zur Einführung einer Mutterschaftsversicherung gesagt. Jetzt liegt ein Gesetzesvorschlag vor, der von einem Gewerbeexponenten im Parlament eingebracht wurde. Warum stellen Sie sich als Vertreter einer bedeutenden Gewerbeorganisation gegen dieses Vorhaben?

**Meyer:** Die Schweiz hat ein ausgebautes Sozialsystem. Es ist laufend in „Revision“, konkret: die Politik will laufend dieses System ausbauen. Die Gesamtfinanzierung ist uns schon längst entglitten. Eine Gesamtbeurteilung wird nicht vorgenommen. Anstelle der Sanierung und Konsolidierung der Sozialwerke schlägt man einen neuen Versicherungszweig vor, welcher als Giesskannenlösung daherkommt. Das Gewerbe kann schlicht und einfach keine zusätzlichen Belastungen mehr auf sich nehmen.

Die jetzt vorliegende Lösung würde aber viele Betriebe entlasten, da die Erwerbserersatzordnung einspringen würde. Diese hat noch erhebliche finanzielle Reserven. Warum sollten Betriebe daher nicht davon profitieren?

Dieses Argument greift mehr als kurz. Wer heute Ja sagt zu einer neuen Versicherung und sich diese vorübergehend über einen noch vollen Finanztopf mitfinanzieren

*lässt, darf nicht vergessen, dass in ca. 5 Jahren auch diese Kasse leer ist und dann neue Beiträge eingefordert werden müssen. Spätestens dann werden auch diejenigen, die jetzt aus kurzfristigen Überlegungen Ja sagen die Zusatzbelastung zu spüren bekommen.*

Wer soll denn in unserem Staat die finanziellen Ausfälle einer Mutterschaft bezahlen?

*Es gibt bereits eine Reihe rechtlicher Bestimmungen bezüglich arbeitsrechtlicher Vorgaben bei Mutterschaft, ebenso sind die Krankenkassen eingebunden. Ein wichtiger Faktor spielen auch sozialpartnerschaftliche Lösungen. Solche sind immer ein Gesamtpaket. Wenn man jetzt über EO-Gelder einen Teil der Belastung wegnimmt, werden die Gewerkschaften bestimmt genügend Phantasie haben um auf anderen Gebieten Zusatzforderungen zu stellen. Zudem bin ich der Überzeugung, dass die schöne Aufgabe als Eltern eine persönliche und nicht eine staatliche Angelegenheit ist.*

Das sagen Sie so leicht, weil Sie die diesbezüglichen finanziellen Lasten auch tragen können?

*Ich gebe zu, dass es Familien gibt, die leider aus finanziellen Gründen keine Kinder „wollen“ oder solche, die finanziell in Schwierigkeiten*

*geraten, weil die Gesamtlasten einer Familie recht hoch sein können. Solchen Verhältnissen kann und soll man mit individuellen Lösungen entgegenkommen, aber nicht mit der Giesskanne. Man darf nicht vergessen, dass die sogenannte Mutterschaftsversicherung nur für eine beschränkte Zeit „Geld bringt“ und dadurch ein allfälliges grundlegendes finanzielles Ungleichgewicht einer Familie nicht abgedeckt wird.*

Infolge des Referendums wird es zu Spannungen innerhalb von Wirtschaftsverbänden kommen. Lohnt sich deswegen das Referendum trotzdem?

*Es gab nie eine umfassende und seriöse Diskussion innerhalb des Gewerbes, ob man überhaupt eine Mutterschaftsversicherung einführen wolle. Es handelte sich faktisch um einen Alleingang eines Parlamentariers. Dies ist sein gutes Recht. Man darf aber dann nicht aus falscher Solidarität einer Lösung brummend zustimmen, nur weil der Vorschlag von der sog. richtigen Seite kam. Sachlösungen sind wichtiger als falsche persönliche Rücksichtnahmen.*

*Es geht schlicht und einfach darum, die von bürgerlicher Seite immer wieder betonte Grundhaltung, man wolle keinen Bemutterungsstaat, man wolle den Sozialstaat*

*eindämmen, keine neuen Belastungen einführen und das bestehende System konsolidieren auch in die Tat umzusetzen. Nicht an den Worten, an den Taten soll man Politiker messen. Jede neue Sozialversicherung birgt bereits die Eigendynamik des Ausbaus in sich. Der Sozialisierung unserer Einkommen muss Einhalt geboten werden.*



**Immer aktuell informiert: SVP-News auf Ihrem Handy!**

**Senden Sie ein SMS mit dem Text „SVP ON“ an die Kurznummer 939 (40Rp./SMS) oder benutzen Sie die Online-Anmeldung auf [www.svp.ch](http://www.svp.ch)**

Inserat

Erfolg ist planbar. Wie? Die Gratisbroschüre „Das Erfolgsgeheimnis“ gibt Auskunft. Sofort anfordern! Von Hans Müller, Heimatweg 1, 5040 Schöftland

## Verwahrung gemeingefährlicher Krimineller

**Am kommenden 8. Februar werden wir an der Urne über die Volksinitiative „für die lebenslange Verwahrung von nicht therapierbaren Sexual- und Gewaltstraftätern“ befinden müssen. Man gibt sich endlich Rechenschaft darüber, dass bestimmte Straftäter als Opfer ihrer unkontrollierbaren Triebe gemeingefährlich sind.**

Bis anhin orientierte sich das Recht an der Theorie Rousseaus, wonach der Mensch von Natur aus gut ist, von der Umwelt aber verdorben werden kann. Diese Sicht der Dinge führt zur Annahme, dass jeder Straftäter geheilt werden kann, weil er von Natur aus gut ist. Die jüngsten Erkenntnisse in diesem Bereich zeigen jedoch klar auf, dass dem nicht so ist. Ende 2000 wurde eine Studie über die „kriminelle Karriere“ von 800 weltweit verhafteten Serienmördern durchgeführt. 98,5 Prozent davon waren

gleichzeitig auch Sexualverbrecher. Gestützt auf Gelehrtegutachten wurden 300 als geheilt wieder auf freien Fuss gesetzt. Das Resultat: Alle wurden in sehr kurzer Zeit wieder rückfällig.

Wir stellen also fest, dass der gegenwärtige Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht darauf schliessen lässt, dass ein offiziell „geheilte“ Verbrecher keine Gefahr für die Gesellschaft mehr darstellt. Wir müssen deshalb den Mut aufbringen, diesen Delinquenten die Möglichkeit zu

nehmen, weiterhin Unheil anzurichten. Die Initiative fordert im weiteren, dass die Behörde, welche die Aufhebung einer Verwahrung aufgrund wissenschaftlicher Berichte anordnet, die Verantwortung für die Folgen eines Rückfalls übernimmt. Diese Bestimmung wird die Magistraten in ihrem Glashaus zweimal überlegen lassen, irgendwelche Entscheide zu fällen, ohne sich um die möglichen, leider allzu oft eintretenden Folgen zu kümmern.

Selbstverständlich werden die Gegner der Initiative Verletzungen von Menschenrechten ins Feld führen, indem sie erklären, ein Verurteilter werde jeglicher Hoffnung auf Freilassung beraubt. Lassen wir uns von diesem Argument nicht hinter das Licht führen. Die Menschenrechte sind auch auf die Opfer von Gewaltverbrechen anwendbar, die, im Gegensatz zu den Tätern,



► Nationalrat Yvan Perrin, La Côte-aux-Fées (NE)

für das ihnen widerfahrere Unheil nicht verantwortlich gemacht werden können.

Fazit: Am 8. Februar werden wir wählen müssen zwischen den Interessen von gemeingefährlichen Kriminellen und den Interessen von Opfern, die ein Anrecht auf Schutz haben. Ich bin überzeugt, dass sich die SVP immer für den Schutz der Opfer entscheiden wird. ◀

## Initiative Freund abgelehnt

**(SVP) Die parlamentarische Initiative von Jakob Freund, alt Nationalrat, zur Abschaffung des Verbandsbeschwerderechtes, wurde im Nationalrat abgelehnt. Die SVP wird sich trotz dieses Entscheides weiter gegen dieses wirtschaftsfeindliche Instrument einsetzen.**

Am 11. Dezember hat der Nationalrat mit 96:80 Stimmen den Vorstoss von Jakob Freund, bis vor kurzem Ausserrhoder SVP-Nationalrat, abgelehnt. Neben dem geschlossenen Nein von Grünen und SP haben zwei Drittel der CVP und ein Viertel der FDP dazu beigetragen, dass Umweltverbände weiter das Recht haben sollen, Projekte mit juristischen Mitteln auch dann zu blockieren, wenn sie überhaupt keinen Bezug dazu haben. Immer wieder und immer häufiger werden Fälle von Missbrauch des Verbands-

beschwerderechts publik. Trotz dem guten Glauben vieler – meist passiver – Mitglieder von beschwerdeberechtigten Organisationen. Und Trotz aller Beteuerungen, das Beschwerderecht werde nur als letztes Mittel eingesetzt.

Ein krasses Beispiel, das der Öffentlichkeit nicht verborgen geblieben ist, stellt der Fall Schumacher in Wolfhalden dar. Trotz frühzeitiger Information und Einbezug der Umweltschutzorganisationen konnten Verbandsbeschwerden nicht verhindert

werden. Die Stiftung Landschaftsschutz war sich nicht zu schade, noch vor Einsicht und Studium der Projektunterlagen ihre Einsprache anzukündigen, und zu drohen, diese bis vors Bundesgericht zu ziehen. Änderungswünsche des Appenzellischen Natur- und Heimatschutzes wurden von der Bauherrschaft berücksichtigt und erfüllt. Dennoch wurde Einsprache erhoben. Und wieder eine andere Organisation hat gleich in Zeitungsinserten ihre Forderungen diktiert. Jüngstes Beispiel ist der Rekurs der Greinastiftung gegen das Stadion Zürich. Die Stiftung setzt sich für den Schutz der alpinen Fliessgewässer ein. Deshalb verlangt sie den verstärkten Einsatz von erneuerbaren Energien beim Betrieb des Stadions. Mit der Einsprache droht die Stiftung

die Austragung von EM-Spielen in Zürich zu verhindern.

Die Klagen über die beschwerdeberechtigten Organisationen haben derart zugenommen, dass die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates schliesslich den Bundesrat beauftragen musste, eine Verhandlungscharta für Gesuchsteller ebenso wie für die beschwerdeberechtigten Umweltorganisationen auszuarbeiten.

Aus all diesen Gründen ist es für die SVP ein Gebot der Stunde, das Verbandsbeschwerderecht abzuschaffen. Wir dürfen nicht länger zuschauen, wie sinnvolle Bauprojekte aus reiner Lust am Verhindern blockiert werden. ◀



# Würde ist Bürde...!

Eine illustre Schar von rund 600 geladenen Gästen begleiteten den neugewählten Nationalratspräsidenten Max Binder bei seiner Wahlfeier in den Kanton Zürich. Das abwechslungsreiche Programm führte von Bern zuerst nach Zürich ins Landesmuseum, anschliessend in die Gemeinde Illnau und zum Schluss in die grosse Mehrzweckhalle in Effretikon.



## Kurzportrait

Max Binder wurde am 26. November 1947 in Illnau geboren. Er ist verheiratet und hat drei erwachsene Kinder. Er ist dipl. Landwirt und betreibt mit dem Loorenhof einen eigenen Landwirtschaftsbetrieb. Bis zu seinem Eintritt in den Nationalrat 1991 war er in folgenden Ämtern aktiv: GGR Illnau-Effretikon (1985 - 90), Stadtrat Illnau-Effretikon (Exekutive, seit 1990), Kantonsrat (1991 - 92). Er hält Einsitz in folgenden parlamentarischen Kommissionen: KVF, GPK, NAD und VD.



▶ Der illustre Ehrentisch im Zug von Bern nach Zürich



▶ Riesiger Medienrummel bei der Ankunft Max Binders im Hauptbahnhof Zürich



▶ Max Binder und seine Ehefrau Ruth lassen sich von der Zürcher Bevölkerung gebührend feiern



▶ Angeführt wird der festliche Umzug von der Musik der Kantonspolizei Zürich



▶ Die historischen Schützen bei den Vorbereitungen für den Ehrensallut vor dem Landesmuseum



▶ Hunderte von Kantonswappen schmückten die Ruhmeshalle im Landesmuseum



▶ Bundesrätin Micheline Calmy-Rey bei ihrer Festansprache in Effretikon



▶ In Effretikon wurden Max Binder und Ehrengast Bundesrätin Micheline Calmy-Rey herzlich empfangen



▶ Grosser Bahnhof für den "Illnauer" in seiner Heimatgemeinde



▶ Die Gäste reisten bequem mit dem "Max Binder Bus" zum Fest und wieder zurück





## Kurzmeldungen



Der SVP Ortssektion Emmen ist es anlässlich der Gemeindewahlen vom 30. November 2003 gelungen, einen zweiten Sitz in der Exekutive zu besetzen. Einen Sitz an die SVP abgeben musste die CVP.

Urs Dickerhof setzte sich im zweiten Wahlgang mit 2'755 Stimmen deutlich gegen die beiden Konkurrenten, Luzius Hafen (Grüne, 1'617 Stimmen) und Walter Rogger (CVP, 1'515 Stimmen), durch. Diese Ersatzwahlen wurden aufgrund des Rücktrittes von Josef Unternährer (CVP) durchgeführt.

SVPja Nr. 10/2003 - Leserbrief

## Staatsinformation oder Behördenpropaganda?

Die Analyse von Professor Hansjörg Seiler trifft ins Schwarze. Besonders seine Schlussfolgerung muss jedem aufrechten Demokraten zu Denken geben: „Der Bundesrat hat in Volksabstimmungen nicht seine eigenen politischen Ziele gegenüber dem Volk durchzusetzen, sondern er muss möglichst faire Rahmenbedingungen schaffen, damit ein freie, unverfälschte Willenskundgabe der Bürger möglich ist“. Besonders stossend ist ausserdem, dass der Bundesrat im Kampf gegen die andere Meinung auch die Steuergelder dieser Bürger missbraucht.

Doch was ist zu tun? Jeder Bürger ist aufgerufen, sich an der laufenden Unterschriftensammlung für die Eidgenössische Volksinitiative „Volksouveränität statt Behördenpropaganda“ zu beteiligen, damit die freie Meinungsbildung unmissverständlich in der Bundesverfassung verankert werden kann. Unterschriftenbogen können beim Verein Bürger für Bürger, 8044 Zürich (www.freimeinung.ch) bezogen werden.

P. Aebersold, Zürich,  
peteraeb@bluewin.ch

## Datum vormerken!

**SVP-Delegiertenversammlung  
vom Samstag, 10. Januar 2004  
in Wil (SG)**

**Parolenfassung  
Eidg. Abstimmung  
vom 8. Februar 2004**

*Am Anfang jeder starken  
Werbung steht das Inserat!*

**Inseratetarif 2004 auf [www.svp.ch](http://www.svp.ch)**

Online-Bestellung auf [www.svp.ch](http://www.svp.ch)

**Bestellung SVP Shop**



## SVP Polo-Shirts:

## Die Geschenk-Idee!

..... Expl. Polo-Shirt	dunkelblau	Grösse .....	(S, M, L, XL, XXL)	Fr. 40.--
..... Expl. Polo-Shirt	weiss	Grösse .....	(S, M, L, XL, XXL)	Fr. 40.--
..... Expl. Post-it	Block à 50 Blatt			Fr. 2.--
..... Expl. Offiziersmesser	Original Victorinox			Fr. 20.--
..... Expl. Kleber	Bogen à 35 Kleber			Fr. 6.--
..... Expl. Jass	deutschschweizer Karten	franz. Karten		Fr. 3.--
..... Expl. Ballone	Sack à 50 Stück			Fr. 40.--
..... Expl. Kugelschreiber				Fr. 2.50
..... Expl. Feuerzeug	nachfüllbar			Fr. 5.--
..... Expl. Tischtuchrolle	PVC, 1 x 100 m			Fr. 100.--



Name ..... Vorname .....

Adresse ..... PLZ/Ort .....

Telefon ..... Mail .....

Ort ..... Datum ..... Unterschrift .....

Bitte Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach, 3000 Bern 26, per Fax an 031 300 58 59 oder Mail [gs@svp.ch](mailto:gs@svp.ch)



## Zwangsggebühren fürs Staats-TV?

*Im Bereich der elektronischen Medien kennt die Schweiz eine weitreichende Regulierung. Sie etabliert theoretisch ein duales Mediensystem, in dem neben dem öffentlich-rechtlichen Anbieter, auch werbefinanzierte private Veranstalter Platz finden. Die SRG hat in diesem Rahmen gewisse Dienstleistungen zu erbringen, die aus staats- und gesellschaftspolitischen als wichtig erachtet werden, und kann zur Abgeltung des Leistungsauftrags Gebühren erheben.*

In der Realität zeigt sich aber, dass das duale System nicht umgesetzt ist. Die SRG hat im Bereich des Fernsehens faktisch eine Monopolstellung inne. Dabei wird suggeriert, dass sich das wegen der grösseren technischen Anforderungen und den höheren finanziellen Aufwendungen fast schon natürlicherweise ergibt. Doch auch die privaten Radioangebote empfangen Subventionen und die Presse verlangt danach.

Die SVP hat sich immer für den Erhalt föderalistischer Strukturen stark gemacht. Hierbei kommt den elektronischen Medien eine gewisse Rolle zu. In der Vergangenheit hat sich aber immer wieder gezeigt, dass die SRG als gebührenfinanzierte Wettbewerberin zu Privaten auftritt, indem sie ihren Leistungsauftrag immer weiter ausdehnt. Dringend notwendig ist deshalb eine scharfe und einschränkende Definition des Leistungsauftrags. Es sollen nicht partikuläre Interessen bedient, sondern eine solide

flächendeckende Versorgung aller Sprachregionen mit politisch und gesellschaftlich relevanter Information gewährleistet werden. Weitere Dienstleistungen können von Privaten angeboten werden. Werbung hat sich neben den Zwangsgebühren als wichtigster Faktor zur Finanzierung von Medienleistungen etabliert. Eine möglichst liberale Werbeordnung, die von Verboten und Einschränkungen Abstand nimmt, ist daher wünschenswert. Wegen der beschränkten Grösse des Schweizer Marktes sind auch die Rahmenbedingungen zu beachten, die für ausländische Veranstalter gelten.

Vor dem Hintergrund aktueller technischer Entwicklungen muss auch die Frage nach der Verbreitung und ihrer Ab-

geltung neu geregelt werden. Mit dem Erwerb eines Empfangsgerätes Gebühren werden fällig, unabhängig davon, ob Leistungen der SRG bezogen werden oder nicht. Dabei lassen sich schon heute Inhalte über das Internet beziehen – gebührenfrei.

Die Revision des RTVG ist gescheitert. Anstatt mit einer freiheitlichen Medienordnung auf aktuelle Fragen zu antworten und Rahmenbedingungen für künftige Entwicklungen zu schaffen, ist vor allem die Stellung der SRG zementiert worden. Leider entspricht dies dem Zeitgeist, der sich auch in den Bestrebungen wieder findet, Medienvielfalt in einem Verfassungsartikel festschreiben zu wollen.

Nationalrat  
Pirmin Schwander, Lachen (SZ)

# STADLER

Clevere Lösungen auf der Schiene

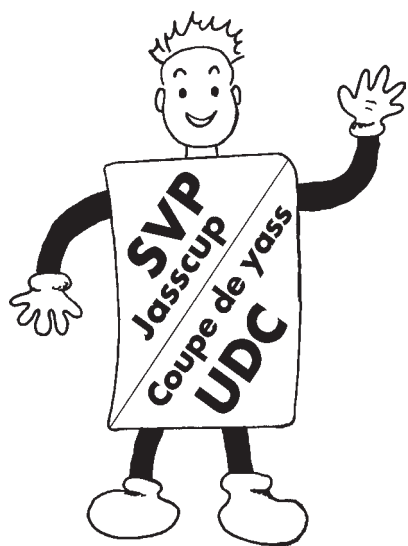
## Damit Bahnfahrten Spass macht.

Stadler Bussnang AG  
CH-9565 Bussnang  
Telefon +41 (0)71 626 20 20  
E-Mail [stadler.bussnang@stadlerail.ch](mailto:stadler.bussnang@stadlerail.ch)  
[www.stadlerail.com](http://www.stadlerail.com)





Die SVP Ortspartei Huttwil (BE) lädt alle Jassfreunde ganz herzlich ein zum



## 4. Nationalen SVP Jasscup

mit der stärksten  
eidgenössischen Fraktion!

Samstag, 21. Februar 2004

Türöffnung 09.00 Uhr

Nationales Sportzentrum Huttwil (BE)

Wanderpreis für die Siegerin oder den Sieger sowie viele attraktive Preise!

### Anmeldetalon

Jetzt  
anmelden!

- Schieber** mit zugelostem Partner
- deutschschweizer Karten
- französische Karten
- Ich kann mit beiden Kartenarten spielen (französisch und deutsch)

Name: ..... Vorname: .....

Adresse: .....

PLZ: ..... Ort: .....

Talon einsenden an: Nationales Sportzentrum Huttwil, Herrn Jürg Schürch, Postfach 301, 4950 Huttwil  
Telefon 062 962 58 50 - Fax 062 962 58 51 - Mail [info@sportzentrum-huttwil.ch](mailto:info@sportzentrum-huttwil.ch)

## Impressum SVPja

Herausgegeben von der  
Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheint 12 Mal im Jahr

Verantwortlich für die Redaktion:  
Dr. Yves Bichsel

Anzeigenverwaltung:

Simon Glauser, Tel 031 300 58 53, Fax 031 300 58 59, [svpja@svp.ch](mailto:svpja@svp.ch)

Postadresse:

Generalsekretariat SVP, Brückfeldstr. 18, Postfach, 3000 Bern 26  
Tel 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59, [svpja@svp.ch](mailto:svpja@svp.ch)

Abonnementspreise:

Jahresabonnement für Nicht-Parteimitglieder 35.-  
Parteimitgliedern wird die Zeitung gratis zugestellt.

Bankverbindung:

Stiftung SVPja, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck:

Verlag Zofinger Tagblatt, Henzmannstr. 18, 4800 Zofingen  
Tel. 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

Adressänderungen:

siehe Adresse "Druck"





# Hiobsbotschaft bei der Pensionskasse!

**Mit Investitionen in Risikokapital – sogenannte „Ventures“ - gingen der Pensionskasse der Bernischen Lehrer rund 150 Millionen Franken verloren. Die SVP des Kantons Bern will nun eine restlose Aufklärung.**

Dieser Tage wird dem Regierungsrat der Entwurf des Gesetzes für die Bernische Lehrerversicherungskasse (BLVK) zur Eröffnung der Vernehmlassung vorgelegt. Doch zu reden gibt die Pensionskasse der Bernischen Lehrer in anderer Sache: Wegen Misswirtschaft. In den vergangenen Jahren wurden 140 Millionen Franken fehlinvestiert. Schlechte Nachrichten also für die über 20'000 Versicherten.

## **Grösstmögliche Transparenz**

Die kantonale Finanzkontrolle unterzieht die Pensionskasse jetzt einer Sonderprüfung. Dank der SVP werden die Fehlinvestitionen nun auch politisch zum Thema. Ge-

fordert wird in einem Vorstoss grösstmögliche Transparenz, um die Investitionstätigkeit der Kasse umfassend zu beurteilen. Ein Untersuchungsbericht, der die Vorkommnisse in der Pensionskasse beleuchtet, soll nicht mehr länger unter Verschluss gehalten werden. Nur so können Fehler endgültig geklärt und künftig vermieden werden. Vorallem will die Berner SVP auch wissen, ob mit dem Debakel der Pensionskasse finanzielle Forderungen auf den Kanton zukommen – und ob es im Zusammenhang mit der gerügten Anlagepraxis zu Verantwortlichkeitsklagen kommt. Denn es darf nicht sein, dass wegen Misswirtschaft Dritter dem finanzgeplagten Kanton weitere Lasten aufgebürdet werden.

## **Defizitwirtschaft endlich Einhalt gebieten**

Die privat gegründete Schulmeisterkasse des Kantons wurde vor bald 100 Jahren verstaatlicht. Mit der Erhöhung des Staatsbeitrages auf neu 5 % der versicherten Besoldung gehörte die Kasse nach dem ersten Weltkrieg zu den besten beruflichen Alters- und Hinterbliebenenversicherungen der damaligen Zeit. Die BLVK ist mit knapp 15'000 Aktiven und gut 5'000 Rentnern heute eine der grössten Pensionskassen der Schweiz. Auf der Homepage steht zu lesen: „Auch heute, nach der Einführung des Obligatoriums der beruflichen Vorsorge, liegen die Leistungen der BLVK über dem gesetzlichen Minimum“. Nun wird die miserable finanzielle Lage - der Deckungsgrad der Kasse betrug per Ende 2002 gerade noch 78 %, er nahm innert Jahresfrist um 13 % ab - gar zu Leistungsreduktionen führen, so eine erste Hiobs-



### **Kurzportrait**

**Gerhard Fischer ist 2. Fraktions-Vizepräsident der SVP im bernischen Grossen Rat. Der 52-jährige dipl. Bauing. FH/SIA ist Unternehmer, verheiratet und Vater zweier Kinder. Er wohnt in Meiringen im Berner Oberland.**

botschaft für die Versicherten. Das Beispiel zeigt deutlich, dass finanzpolitisch das Augenmerk nicht nur auf Ausgaben und Einnahmen im Budget gerichtet werden können, um der Defizitwirtschaft des Staates endlich Einhalt zu gebieten. ◀

## **Wie lange ist der Sanierungshorizont?**

Die Erholung der Aktienbörse hat dieses Jahr etwas geholfen. Doch die Bernische Lehrerversicherungsgesellschaft befindet sich „in guter Gesellschaft“. Immer noch dürften mehr als ein Drittel aller Pensionskasse eine Unterdeckung haben. Im Klartext: Die Leistungsversprechen der Kasse sind durch Vermögen nicht voll gedeckt. Gemäss den Weisungen des Bundesrates von dieses Jahres muss eine solche Kasse innert fünf bis sieben Jahren saniert werden. Weniger Leistungen, mehr Beiträge und Hoffen auf bessere Anlageerträge (Nichtstun) heisst das im Klartext.

Einige Fachleute sind mit dieser Faustregel so nicht einverstanden. „Pauschale politische Vorstösse zur Behebung von Unterdeckungen seien rechnerisch nicht nachvollziehbar, erklärten die drei selbständigen Pensionskassenberater – Bernd Herzog aus Bern sowie Christian Wagner und Felix Kunz aus Basel – Ende Oktober vor der Presse. Sie plädierten dafür, der gesetzliche Deckungsgrad (Vermögen geteilt durch alle Verpflichtungen für die Zukunft) soll laut den Mathematikern nicht das einzige Sanierungskriterium für das Sanierungstempo sein.

Das Modell des Experten-Trios zur Berechnung des Deckungsbedarfs basiert namentlich auf erwarteten Rentenzahlungen, Austritten, Invaliditätsfällen und Kapitalbezügen. Dazu sind noch Schwankungsreserven berücksichtigt, so dass der errechnete Finanzbedarf mit 99 Prozent Wahrscheinlichkeit ausreichen sollte. In manchen Fällen würde ihr Modell zu längeren Sanierungszeiträumen führen als die Weisungen des Bundesrates zur massgebenden BVG-Verordnung. Es gehe vor allem um weniger Hektik, weniger Verunsicherung und weniger Zickzackkurs zwischen Sanierungen und Ausschüttungen von Überschüssen.

**(Aus der „Bund“ vom 31.10.2003)**

# Referendum gegen eine neue Mutterschaftsversicherung

## Die Kosten der Mutterschaft sind gedeckt - Verfassungsauftrag erfüllt!

Der 1945 vom Schweizer Volk gutgeheissene Verfassungsartikel wollte die unmittelbar mit der Mutterschaft entstehenden Kosten (Spitalaufenthalt, Untersuchung) abdecken. Heute sind diese Kosten längst durch die Krankenkassen gedeckt. Dieser Verfassungsauftrag ist somit erfüllt.

## Nein zur Zwängerei der Linken!

Das Schweizer Volk hat die Mutterschaftsversicherung bereits dreimal deutlich abgelehnt. Die Volksentscheide sind endlich zu respektieren, die Zwängerei ist zu stoppen!

## Nein zu neuen Steuern und Zwangsabgaben!

Der ständige Sozialausbau gefährdet die bestehenden Sozialwerke (AHV, IV etc.). Mit jedem Ausbau wird die Finanzlage noch prekärer. Höhere Steuern, höhere Abgaben und weitere Lohnabzüge sind die Folge. Mittelstand, Wirtschaft, Gewerbe und Steuerzahler werden mit der Mutterschaftsversicherung noch mehr belastet.

## Nein zu Täuschungsmanövern!

Die neue Mutterschaftsversicherung wird als scheinbar „gratis“ angepriesen. Sie soll durch Gelder aus der EO (Erwerbsersatzordnung) finanziert werden, welche für Armeeangehörige den Erwerbsausfall während des Militärdienstes zahlt. In Tat und Wahrheit wäre die EO nach wenigen Jahren ausgeplündert, und die neue Mutterschaftsversicherung müsste mit höheren Steuern und weiteren Lohnprozenten finanziert werden. Bürgerinnen und Bürger werden getäuscht.

## Nein zu „Zweit-Klass-Müttern“!

Die neue, ausschliesslich für erwerbstätige Frauen bestimmte Mutterschaftsversicherung ist ungerecht. Doppelverdiener-Familien profitieren. Mütter, die zu Hause arbeiten und ganz für die Familie da sind, gehen leer aus. Der Staat fördert somit ein fragwürdiges Familienmodell.

## Referendum gegen die Änderung vom 3.10.2003 des Bundesgesetzes über die Erwerbsersatzordnung für Dienstleistende in Armee, Zivildienst und Zivilschutz

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger verlangen, gestützt auf Art. 141 der Bundesverfassung vom 18. April 1999 und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 59 ff., dass die Änderung vom 3.10.2003 des Bundesgesetzes über die Erwerbsersatzordnung für Dienstleistende in Armee, Zivildienst und Zivilschutz der Volksabstimmung unterbreitet werde.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für ein Referendum fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Kanton: ..... Postleitzahl: ..... Politische Gemeinde: .....

Nr	Name, Vorname Handschrift, Blockschrift	Geburtsdatum	Wohnadresse Strasse, Hausnummer	Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle Leer lassen
1					
2					
3					
4					
5					

Ablauf der Sammelfrist: 22.01.2004

Im Bundesblatt veröffentlicht am 14.10.2003

**WICHTIG!** Die Liste ist **vollständig oder teilweise ausgefüllt sofort zurückzusenden** an das „Referendumskomitee gegen eine neue Mutterschaftsversicherung“, Postfach 362, 3052 Zollikofen, das für die Stimmrechtsbescheinigung besorgt sein wird.

**Nicht durch die Stimmbürger, sondern durch die politische Gemeinde auszufüllen:** Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass oben stehende ..... (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Referendums in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Ort: .....

Datum: .....

Amtsstempel



Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson:

amtliche Eigenschaft: .....

eigenhändige Unterschrift: .....

**Sofort unterschreiben, diese ganze Seite abtrennen und einsenden an:  
Referendumskomitee gegen eine neue Mutterschaftsversicherung - Postfach 362 - 3052 Zollikofen**